

ANALYSE

Teilchenbeschleunigung

(1) Feinstaub ist eine heimtückische Substanz. Man sieht ihn nicht, man schmeckt ihn nicht, aber mit schleichender Wirkung attackiert er den Körper. Spätestens mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hat er jetzt auch die Politik erwischt. Konkret: die Verantwortlichen in den Städten und Kommunen. Nur: ein heimtückischer Generalangriff auf die politischen Körperschaften war das nicht. Bund, Städte und Gemeinden waren 36.

(2) Seit 2002, seit der Novelle der Bundesimmissionsschutzverordnung, wussten sie, dass sie den krebserregenden Staubpartikeln zu Leibe rücken müssen. Aber ihr einziges Handeln bestand aus kräftigem Augen und Ohren Zuhalten. Als dann, mit ausreichendem Vorlauf, 2005 die europäische Feinstaubrichtlinie mit ihren engen Grenzwerten in Kraft trat, fielen einige demonstrativ aus allen Wolken und wollten auch dann noch ihre Pflicht zum Einschreiten nicht wahr haben.

(3) Erst die Drohung von Anwohnern stark belasteter Straßen, bei Überschreitung der EU-Grenzwerte ihre Stadtoberen vor Gericht zu zerren, wirkte als Teilchenbeschleuniger. Richtig Beine machen ließ sich die Politik aber nicht. Denn ab 2005 begann ein Ping-Pong-Spiel der Verantwortlichkeiten. Mit dem Problem überforderte Kommunen spielten den Ball an die Länder weiter. Dann wurde der schwarze Peter zwischen Bund und Ländern hin und her geschoben. Erst im Frühjahr 2007, zwei Jahre nach

Inkrafttreten der europäischen Feinstaubrichtlinie – und hundertfachen alljährlichen Verstößen dagegen – brachten Bund und Länder die gesetzlichen Voraussetzungen auf den Weg, das Problem einzudämmen: mit bundeseinheitlichen Plaketten, die ungefilterte Dieselfahrzeuge aus bisher stark belasteten Umweltzonen aussperren. Und mit steuerlichen Einmal-Spritzen von 300 Euro zur Umrüstung alter Stinker mit Rußfiltern.

(4) Spätestens seit Inkrafttreten dieser Regelungen haben Städte und Kommunen keine Ausrede mehr fürs Nichtstun. Das Bundesverwaltungsgericht hat es ihnen jetzt nur dick hinter die Ohren geschrieben. Wenn die kommunalen Spitzenverbände nun Horrorszenarien von Klage- und Kostenwellen beschwören, ist das in etwa so legitim wie das Lamento über die dritte Mahnung zur Begleichung einer unbezahlten Rechnung. Diejenigen, die es angeht, die mit Feinstaub belasteten Kommunen, wissen ziemlich genau, dass sie als Klageanwärter auf der Giftliste von Umweltverbänden und Anwohnern stehen. Über 70 Kommunen haben deshalb schon Aktionspläne für bessere Luft in petto. Die Klageandrohungen werden ihnen Beine bei der praktischen Umsetzung machen. Wo Politik klug ist, nutzt sie den Richterspruch als Argument zum raschen – auch unpopulären – Handeln.

(5) Denn wenn zum Jahreswechsel die ersten Fahrverbote für „Feinstaubschleudern“ in Kraft treten, wird es Konfliktstoff pur geben. Dann erwischt

85 der unsichtbare Feinstaub auch
Lieschen Müller und Otto Normal-
verbraucher in all seiner Heimtücke
und Ambivalenz. Auf der einen Seite
wollen sie gesunde Luft, auf der
anderen Seite wollen sie weiter mit

90 dem alten Diesel-Stinker bis vor die
Haustür fahren. Das zeigte sich, als
Stuttgart die für diesen Sommer
geplanten Fahrverbote verschob.
Schlagartig ebte bei Autobesitzern die
Bereitschaft zur Filternachrüstung ab.

Tekst 10 Teilchenbeschleunigung

- 1p 36 Welches der folgenden Wörter passt in die Lücke in Zeile 13?
A beruhigt
B überrascht
C vorgewarnt
- 1p 37 Was geht aus dem 2. Absatz über Bund, Städte und Gemeinden hervor?
A Sie haben die Grenzwerte als zu eng gesteckt erfahren.
B Sie haben geglaubt, nicht zuständig zu sein.
C Sie haben lange auf europäische Feinstaubrichtlinien warten müssen.
D Sie haben sich vor der Verantwortung gedrückt.
- 2p 38 Geef van elk van de onderstaande uitspraken aan of deze juist of onjuist is volgens alinea 3.
- 1 Alle alten Fahrzeuge, die die Umwelt zu stark belasten, müssen entsprechend umgebaut werden.
 - 2 Die Gemeinden allein waren nicht in der Lage, die EU-Grenzwerte einzuhalten.
 - 3 Erst ein Gerichtsurteil hat bewirkt, dass die Politik zu handeln begonnen hat.
 - 4 Inzwischen hat jedes Bundesland unterschiedliche Maßnahmen eingeführt.
- Noteer het nummer van elke uitspraak gevolgd door 'juist' of 'onjuist'.
- „Diejenigen, die ... Anwohnern stehen.“ (Zeile 65-70)
- 1p 39 Was bringt dieser Satz zum Ausdruck?
A Die betroffenen Gemeinden gehen davon aus, dass die Bürger nicht locker lassen werden.
B Die betroffenen Gemeinden werden sich von den Bürgern nicht einschüchtern lassen.
C Die Bürger werden letztendlich nicht in der Lage sein, die Politik zur Verantwortung zu ziehen.
D Die Bürger werden schließlich für die Kosten aufkommen müssen.
- „Das zeigte ... Fahrverbote verschob.“ (Zeile 90-92)
- 1p 40 Worauf deutet der Verfasser mit diesem Satz hin?
A Die Bürger sind häufig inkonsequent in ihren Ansprüchen.
B Die Politiker vermeiden möglichst unpopuläre Maßnahmen.
C Die Städte sind sehr wohl imstande, effektive Maßnahmen zu treffen.
D Technisch gesehen wäre das Problem Feinstaub einfach zu lösen.

Bronvermelding

Een opsomming van de in dit examen gebruikte bronnen, zoals teksten en afbeeldingen, is te vinden in het bij dit examen behorende correctievoorschrift, dat na afloop van het examen wordt gepubliceerd.